

# Für eine verlässliche und tragbare Finanzpolitik des Bundes



**Positionspapier der Schweizerischen Volkspartei  
zur Finanzpolitik des Bundes**

**November 2014**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Auf einen Blick .....</b>	<b>3</b>
<b>1.1. Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>1.2. Übersicht Forderungen .....</b>	<b>6</b>
<b>2. Ausgangslage.....</b>	<b>9</b>
<b>2.1. Aktuelles.....</b>	<b>9</b>
<b>3. Zahlen und Fakten.....</b>	<b>9</b>
<b>3.1. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben seit 1990 .....</b>	<b>9</b>
<b>3.2. Bereiche mit dem stärksten Ausgabenwachstum.....</b>	<b>10</b>
<b>3.3. Fonds und mehrjährige Finanzbeschlüsse.....</b>	<b>11</b>
<b>4. Ansatzpunkte zur Reduktion des Ausgabenwachstums.....</b>	<b>12</b>
<b>4.1. Personalausgaben.....</b>	<b>12</b>
<b>4.2. Sach- und Betriebsaufwand .....</b>	<b>14</b>
<b>6. Einnahmenentwicklung .....</b>	<b>15</b>
<b>6.1. Struktur der Bundeseinnahmen .....</b>	<b>15</b>
<b>6.2. Gefahren für die Bundesfinanzen .....</b>	<b>17</b>
<b>7. Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) .....</b>	<b>18</b>
<b>7.1. NFB .....</b>	<b>18</b>
<b>7.1. Gründe für die Ablehnung durch die SVP .....</b>	<b>18</b>
<b>8. Schlussbemerkungen und Forderungen .....</b>	<b>19</b>

# 1. Auf einen Blick

## 1.1. Einleitung

### **Die Bürger unter Druck**

Die Fiskalquote der Schweiz<sup>1</sup> (inkl. Krankenversicherung, berufliche Vorsorge, Unfallversicherung, Familienzulagen) lag 1990 noch bei 35,1 Prozent, währenddem sie 2011 bereits bei 41,7 Prozent lag und damit um 6,6 Prozent angestiegen ist.<sup>2</sup> Das heisst, dass heute schon beinahe die Hälfte des erwirtschafteten Haushaltseinkommens nicht im Portemonnaie der Bürger landet, sondern direkt für unterschiedlichste Staatsaufgaben abgezogen wird. Tendenz weiter steigend.

Der Grund für diese Entwicklung ist darin zu suchen, dass die Bürgerinnen und Bürger während den vergangenen Jahrzehnten laufend durch neue staatliche Aufgaben und Regulierungen finanziell immer stärker belastet wurden. Staatsaufgaben – ob sinnvoll oder nicht – produzieren Kosten und müssen schliesslich durch die Steuerpflichtigen bezahlt werden. Diese für die Bürger negative Entwicklung hat zur Folge, dass der Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens aufgrund des sich ausbreitenden Staates während den vergangenen Jahren gesunken ist.

### **Forderung**

Die SVP fordert, dass den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr zum Leben bleibt. Es kann nicht sein, dass wir heute ein halbes Jahr für einen Staat arbeiten, der sich immer mehr ausbreitet.

### **Wachsende Staatsausgaben**

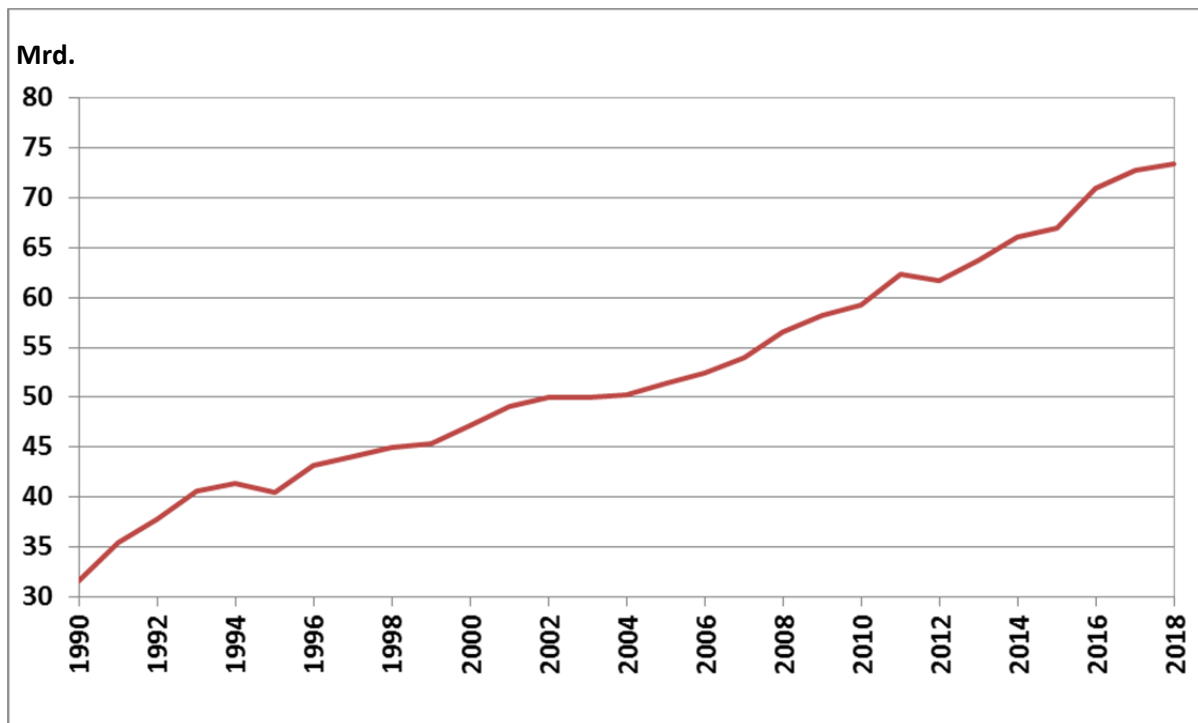
Betrachtet man die Ausgaben des Bundeshaushalts über die letzten 24 Jahre, so haben sich die Ausgaben von damals 31,6 Milliarden Franken (Stand 1990) auf knapp 64 Milliarden Franken (2013) mehr als verdoppelt. Falls unsere Staatsausgaben mit dem gleichen Tempo weiterwachsen wie bis anhin, stünden wir in 10 Jahren bereits bei einem jährlichen Budget unseres Bundeshaushalts von mehr als 100 Milliarden Franken. Dieses Wachstum bereitet der SVP Sorgen, denn die Schweiz lebt auf zu grossem Fuss.

Auch im laufenden Jahr werden die Ausgaben ein weiteres Mal ansteigen. Mit dem im August 2014 veröffentlichten Voranschlag 2015 sollen die Bundesausgaben im Vergleich zum Vorjahr um fast eine Milliarde Franken ansteigen. Statt nun endlich sparsam mit den Steuergeldern umzugehen und eine Reduktion der Bundesausgaben in die Wege zu leiten, werden die Gesamtausgaben schon wieder erhöht.

Anstatt den Hebel bei der Ausgabenpolitik anzusetzen, werden laufend neue Regelungen und Aufgaben beschlossen, die natürlich nicht ohne Kostenfolgen zu haben sind. Als Folge davon gibt der Bund jedes Jahr mehr Geld aus als im Vorjahr. Dieser Mechanismus führt zu regelrecht explodierenden Staatsausgaben, wie die untenstehende Grafik verdeutlicht.

<sup>1</sup> Die Fiskalquote ist die Summe aller Einnahmen des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt. Die Quote gibt damit an, wie viel Prozent des gesamten Einkommens in der Wirtschaft in Form von Steuern, Gebühren und anderen Abgaben an den Staat abgeliefert werden müssen.

<sup>2</sup> Quelle: Berechnungen der economiesuisse.



Ausgabenwachstum des Bundes (in Mrd. CHF). Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (2014)

Die SVP rügt die mangelnde Ausgabendisziplin von Bundesrat und Parlament seit langem. So ist es in Bern leider zu einem Automatismus geworden, für neue Aufgabengebiete laufend neue Einnahmequellen zu erschliessen. Steuereinnahmen sind sakrosankt geworden und fallen diese einmal weg, wird nicht etwa bei den Ausgaben gespart (wie das bei jedem normalen Haushalt der Fall wäre), sondern einfach wo anders auf der Einnahmeseite kompensiert. Die SVP ist der Ansicht, dass zuerst die Staatsschulden abgebaut werden müssen, bevor über neue Ausgaben beschlossen werden darf. Dies ist auch ein Anliegen der Schweizer Stimmberechtigten, deren Wunsch nach einer zurückhaltenden Finanzpolitik es endlich umzusetzen gilt.<sup>3</sup>

Die ungenügende, da zu optimistisch ausgelegte Haushaltsplanung des Bundes wird in den kommenden Jahrzehnten zusätzlich durch die sich verändernde Bevölkerungsstruktur unter Druck geraten. Die geburtenstarken Jahrgänge der Baby-boom-Generation werden in den kommenden Jahren in Pension gehen. Zudem ist die Geburtenrate stark gesunken und die Lebenserwartung steigt weiter an, sodass sich das Verhältnis zwischen der Anzahl älterer Personen und der Anzahl Personen im Erwerbsalter immer mehr verschiebt. Diese Veränderung der demografischen Struktur hat auch Auswirkungen auf die Finanzen der öffentlichen Haushalte, insbesondere im Bereich der Gesundheit und der Sozialausgaben.

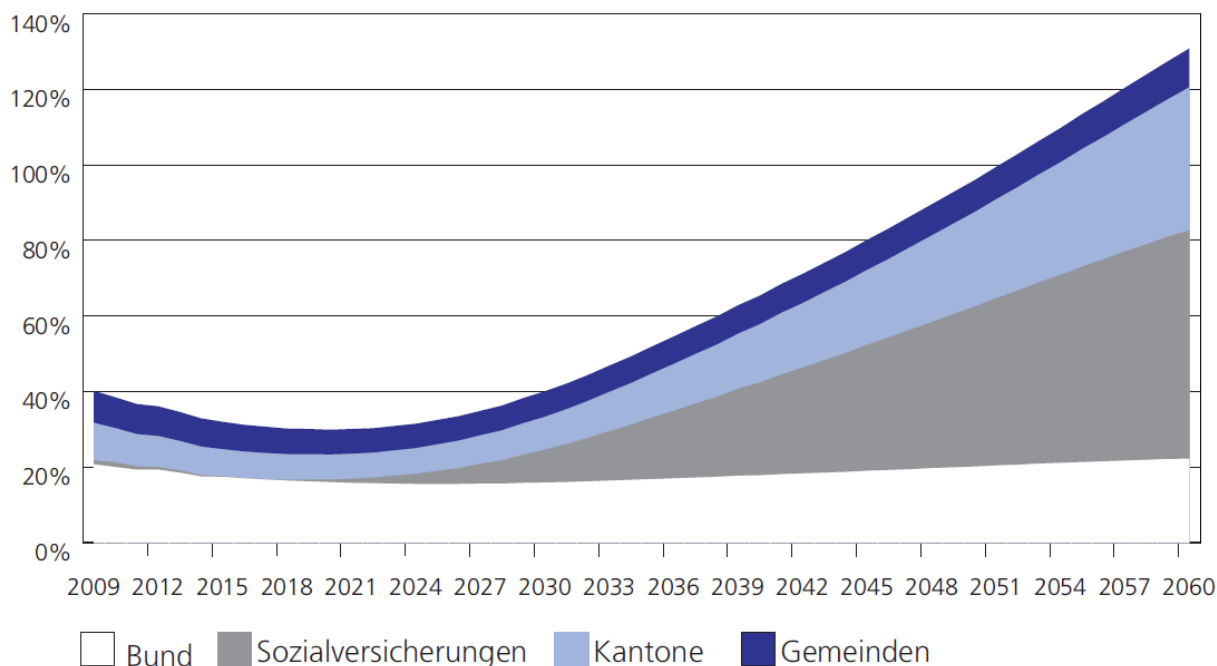
Um die fiskalischen Auswirkungen dieser Entwicklungen auf den Staatshaushalt abschätzen zu können, hat das Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) Berechnungen angestellt. Diese Projektionen zeigen, dass die öffentlichen Haushalte in den Jahrzehnten bis zum Jahr 2060 mit demografisch bedingten Zusatzlasten konfrontiert sein werden.<sup>4</sup>

So steigen die demografieabhängigen Ausgaben der öffentlichen Haushalte von 18,4 Prozent des BIP im Jahr 2009 auf 22,3 Prozent im Jahr 2060 an. Hauptkostentreiber werden dabei vorab die Sozialversicherungen (insb. AHV) sein. Aufgrund der demografischen Lasten würde ohne Gegenmassnahmen auch die Staatsverschuldung bis 2060 deutlich ansteigen und sodann 131 Prozent des BIP betragen.<sup>5</sup>

<sup>3</sup>Der repräsentative Finanzmonitor (2013) von gfs Bern zeigt auf, dass die Schweizer generell an einer restriktiven Finanzpolitik festhalten.

<sup>4</sup>Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz 2012.

<sup>5</sup>Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz 2012.



Schuldenquoten – Basisszenario. Quelle: Langfristperspektiven der öffentlichen Finanzen in der Schweiz 2012

### Die „Fiskallücke“ wird immer grösser

Gemäss den Berechnungen des EFD betrug die Fiskallücke im Jahr 2012 für die gesamten öffentlichen Haushalte 1,8 Prozent des BIP. Dies bedeutet, dass jährliche Einsparungen oder Mehreinnahmen von 1,8 Prozent des BIP nötig wären, um einen Anstieg der Schuldenquote bis 2060 zu verhindern. Bezogen auf das BIP (2012) entspräche dies einer jährlichen Einsparung von rund zehn Milliarden Franken.

### Düstere Aussichten auch in den Kantonen

Nicht nur das Bundesbudget steht unter Druck. Für das Jahr 2015 müssen 19 Kantone rote Zahlen ausweisen, nur die Kantone Bern, Aargau, Uri, Waadt, Genf, Freiburg und Wallis veranschlagen Überschüsse. Weil der Bund immer mehr Aufgaben an die Kantone delegiert, müssen diese nun die Zeche für dessen Beschlüsse zahlen. Daraus resultiert bei den Kantonen ein kumuliertes Minus von 635 Millionen Franken. Diese Zahl wäre nochmals um 265 Millionen Franken höher ausgefallen, wenn einzelne Kantone ihre Budgets nicht „geschönt“ hätten, das heisst auch Eigenkapitalbezüge, aufgelöste Reserven, Fonds oder Rückstellungen in ihren Budgets ausgewiesen hätten.<sup>6</sup> Trotz dieser finanziell schlechten Aussichten ist es den Kantonen nicht gelungen, ihre Ausgaben wirksam zurückzufahren: Diese stiegen insgesamt (für das Jahr 2015) auf 86,8 Milliarden Franken an, das sind 2,2 Prozent mehr als in den Budgets für das laufende Jahr (2014).

Beim Kanton Zug resultiert für das Jahr 2015 ein Defizit von fast 140 Millionen Franken, während Zürich gar mit einem Rekorddefizit von minus 191 Millionen Franken rechnet. Für das Jahr 2015 ebenfalls im Minus liegen die Budgets der Kantone Tessin (-112 Mio. Fr.), Solothurn (-74), Schwyz (-39), Basel-Stadt (-31), Basel-Landschaft (-30), Schaffhausen (-28), St. Gallen (-25), Nidwalden (-12), Neuenburg (-11), Obwalden (-7), Thurgau (-3) und Appenzell Ausserrhoden (-2).

Die SVP plädiert auch in den Kantonen für die Beibehaltung einer moderaten Steuerpolitik zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger.

Viel zielführender als vorschnell die Steuern zu erhöhen ist es aus Sicht der SVP, auf eine Verbesserung der Rahmenbedingungen innerhalb der Kantone zu fokussieren. Dies

<sup>6</sup> Quelle: <http://www.nzz.ch/schweiz/defizite-von-635-millionen-franken-1.18420148>

schliesst auch ein, dass früher oder später über eine Neugewichtung des Finanzierungsschlüssels des Neuen Finanzausgleichs zwischen den Kantonen (NFA) diskutiert werden muss.

Wie auf Bundesebene, wird die SVP auch auf der Kantons- und Gemeindeebene Hand bieten, wirtschaftlich gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies kann nur über einen Abbau der Regulierungsdichte und durch das dadurch erzielte Plus an mehr Freiheit für alle erzielt werden. Allen Massnahmen, die mehr Staatsinterventionismus oder eine Erhöhung der Gebühren- und Abgabenlast zur Folge hätten, werden von der SVP abgelehnt.

**Die Faktenlage ist damit klar:** Bund und Kantone stehen vor massiven Finanzlöchern und vor sofortigem Handlungsbedarf. In dieser Situation ist es umso wichtiger, dass der Bund mit gutem Beispiel vorangeht und einen gesunden Finanzhaushalt präsentieren kann. Dieser kann aus Sicht der SVP jedoch nur über eine Anpassung der überbordenden Ausgabenpolitik erzielt werden. Ein ausgeglichenes Budget nur durch ein Mehr an Zusatzeinnahmen zu erreichen, lehnt die SVP ab. Nur wenn der Staat seine Ausgabenquote und seinen Einflussbereich zurückfährt, kann er seinen Bürgern sowie der Wirtschaft den Handlungsspielraum gewähren, der erst ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und damit Prosperität ermöglicht.

## 1.2. Übersicht Forderungen

Die SVP will eine nachhaltige Finanzierung des Bundeshaushalts sicherstellen und stellt dazu folgende Forderungen:

**Das Ausgabenwachstum muss zwingend unter dem Wirtschaftswachstum liegen, um das prognostizierte Wachstum der Fiskallücke abzuwenden.**

Während die Konjunktur im Jahr 2013 weniger als 2 Prozent wuchs, stieg das Ausgaben- und Einnahmenwachstum des Bundeshaushalts um überproportionale 3,2 Prozent an. Wenn man bedenkt, dass die Konjunktur in den letzten Jahren nie die 2-Prozent-Schwelle überstieg, ist diese Entwicklung höchst bedenklich, denn sie zeigt, dass wir weiterhin über unseren Verhältnissen leben, respektive, dass der Staat vom Bürger und den Unternehmen immer mehr Mittel abschöpft.

### **Forderung**

Die SVP verlangt vom Bundesrat, dass das Ausgabenwachstum des Bundeshaushalts in Zukunft gleich hoch wie das Wirtschaftswachstum oder darunter liegt.

## **Unterstellung der Sozialwerke unter die Schuldenbremse**

Während auf Bundes- und Kantonsebene praktisch flächendeckend Schuldenbremsen zur Wahrung der finanziellen Stabilität der öffentlichen Haushalte bestehen, ist dies bei den wichtigsten staatlichen Sozialversicherungen und namentlich bei der AHV und bei der IV nicht der Fall. Die IV sitzt bereits heute auf einem Schuldenberg in Milliardenhöhe. Bei der AHV ist angesichts der demografischen Entwicklung das Verschuldungsrisiko eminent. Ohne rechtzeitige Korrekturen droht ein finanzieller Absturz. Diesen aufzufangen und zu korrigieren, würde ausgesprochen kostspielig. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Sozialwerke sollte die Schuldenbremse deshalb auch auf die Sozialversicherungen ausgedehnt werden.<sup>7</sup>

### **Forderung**

Die SVP fordert, dass das Ausgabenwachstum im Bereich „Soziale Wohlfahrt“ gebremst wird und gleichzeitig die Generationengerechtigkeit bei der Altersvorsorge wiederhergestellt wird.

<sup>7</sup> Quelle: economiesuisse Dossierpolitik Sozialwerke sichern – Interventionsregeln festlegen.

## **Rückkehr auf ein gesundes Mass bei der Fiskalquote**

Die Fiskalquote der Schweiz betrug 2012 41,7 Prozent<sup>8</sup>, d.h. für jeden Franken Einkommen werden im Schnitt 41 Rappen für Steuern, Abgaben, Gebühren und staatlich verordnete Versicherungslösungen fällig. Diese Quote liegt über dem Schnitt der OECD-Staaten, ist damit zu hoch und muss aus Sicht der SVP wieder auf ein erträgliches Mass gesenkt werden. Im Sinne eines liberal ausgeprägten auf Eigenverantwortung des Bürgers setzenden Staates, soll jeder Bürger sein Geld möglichst frei so einsetzen können, wie er selber es für richtig empfindet.

### **Forderung**

Die SVP verlangt, dass die Fiskalquote der Schweiz bis ins Jahr 2020 mindestens unter den OECD-Schnitt gesenkt wird.

## **Weiterer Abbau der Staatsverschuldung**

Die SVP hat den Handlungsbedarf für eine nachhaltige Ausgabenpolitik mit Mass längst erkannt. Allein in Anbetracht des eidgenössischen Schuldenbergs von inzwischen (2013) 111,6 Milliarden Franken, ist rasches Handeln angezeigt. So zahlen wir jede Sekunde 68 Franken Schuldzinsen.<sup>9</sup> Geld, das völlig unnötig zum Fenster hinausgeworfen wird. Dieser Schuldenberg kann jedoch nur abgetragen werden, wenn die Schweiz endlich weniger ausgibt als sie einnimmt. Unzureichende Alibi-Sparpakete aus der Feder des Bundesrats – wie kürzlich das Programm KAP -, welche nicht strukturell ansetzen und häufig mittels „finanzkosmetischer Massnahmen“ nur dazu führen, dass die Ausgaben etwas weniger schnell steigen als bisher, lehnt die SVP deshalb entschieden ab.

### **Forderung**

Der Staat darf nicht mehr ausgeben, als er einnimmt. Weitere Erhöhungen der Mehrwertsteuer lehnt die SVP in dieser Konsequenz ab.

### **Forderung**

Die SVP verlangt, dass der Bund im Rahmen eines umfassenden „Kosten- und Aufgabenüberprüfungspakets“ einerseits Aufgaben aus seinem Leistungskatalog streichen und andererseits die Effizienz der Bundesverwaltung erhöhen muss. Die so frei werdenden Mittel sind prioritär für den Schuldenabbau und nicht für neue Staatsaufgaben zu verwenden.

## **Reduktion des Bundespersonalbestandes auf den Stand von Stand 2007 (32'105) und entsprechend eine starke Senkung des Personalaufwandes**

Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,492 Milliarden Franken lag, betrug er im Jahr 2014 bereits 5,498 Milliarden Franken und stieg damit um rund einen Fünftel (+22,4 Prozent) oder 1 Milliarde Franken an. Rund die Hälfte dieses Wachstums (520 Millionen) geht auf neu geschaffene Stellen oder auf Funktionswechsel zurück. Zwischen 2007 – 2014 wurden mit 520 Millionen Franken rund 1'200 neue Stellen geschaffen. Der Bundespersonalbestand erhöhte sich damit von 32'105 (2007) auf 33'309 (2012).

### **Forderung**

Die SVP verlangt, den Stellenbestand des Bundesverwaltungspersonals auf den Stand von 2007 zu reduzieren und den Personalaufwand entsprechend anzupassen.

<sup>8</sup> Inkl. Pensionskassenbeiträgen und obligatorischen Krankenversicherungsbeiträgen.

<sup>9</sup> 2'147 Mia. Zinsaufwand / 31'536'000 sec.

## **Strukturelle Reformen im gesamten Spektrum der Bundesaufgaben, um die hohe Ausgabendynamik zu bremsen**

In den kommenden Jahren kommen signifikante finanzpolitische Herausforderungen auf die Schweiz zu. Kurzfristig ist mit finanziellen Mindereinnahmen in Milliardenhöhe zu rechnen. So erwartet der Bundesrat, dass alleine die Unternehmenssteuerreform III und die Abschaffung der Heiratsstrafe in einer ersten Phase zusammen zu mehreren Milliarden Franken an Einnahmeausfällen führen wird. Steuerreformen wie der Unternehmenssteuerreform III zum Erhalt bzw. zur Stärkung der steuerlichen Standortattraktivität der Schweiz zahlen sich jedoch mittel- bis langfristig nicht nur für die Beschäftigung und die allgemeine Wohlfahrt, sondern auch für den Fiskus aus. Um insbesondere die volkswirtschaftlich prioritäre Unternehmenssteuerreform III ohne Sparprogramme oder noch schlimmer Steuererhöhungen zu finanzieren, ist eine vorausschauende Finanzpolitik notwendig. Die SVP ist der Auffassung, dass in diesem Bereich noch viel Optimierungspotential besteht. Denn die Ausgabenpolitik des Bundesrats ist gerade das Gegenteil von vorausschauend, wie beispielsweise die explodierenden Ausgaben für die internationale Entwicklungszusammenarbeit, den öffentlichen Verkehr und für Fördermassnahmen in diversen anderen Bereichen belegen.

### **Forderung**

Die SVP fordert, dass in den kommenden Jahren das Wachstum der Ausgaben soweit einzudämmen ist beziehungsweise strukturelle Überschüsse aufzubauen sind, dass die anstehenden Steuerreformen zum Zeitpunkt ihrer Umsetzung möglichst ohne Sparprogramme und möglichst ohne Steuererhöhungen umgesetzt werden können.

## **Bessere Abschätzung und Berücksichtigung der Folgekosten von Investitionen**

Gerade bei grösseren Investitionsprojekten fallen laufende Unterhaltskosten an, die beträchtlich sein können. Die Stimmbürger müssen deshalb nicht nur über die Projektkosten, sondern auch über alle später anfallenden Folgekosten ins Bild gesetzt werden. Unterliegen solche Projekte einer Volksabstimmung, müssen diese Zahlen vor der Abstimmung bekannt sein.

### **Forderung**

Die SVP fordert, dass bereits bei der Planung von Projekten die anfallenden Folgekosten in die Gesamtschau integriert werden. Insbesondere bei grösseren Infrastrukturprojekten können diese nachlaufenden Folgekosten beträchtlich sein, wie beispielsweise bei der NEAT.

## **Keine Verlagerung der Kostenfolgen von Bundesentscheiden auf Kantone und Gemeinden**

Die von den eidgenössischen Räten beschlossenen Entlastungsmassnahmen führen oftmals lediglich zu Kostenverlagerungen von der Bundes- auf die Kantons- oder Gemeindeebene. Das heisst, dass die auf Bundesebene eingesparten Kosten sodann von den Kantonen oder Gemeinden übernommen werden; in der Gesamtrechnung ändert sich somit nichts, die Kosten werden lediglich verschoben.

### **Forderung**

Die SVP fordert, dass Entlastungsmassnahmen auf Bundesebene nicht auf Kosten der unteren föderalen Ebenen gehen und setzt sich damit gegen unechtes Sparen ein. Sparmassnahmen beim Bund dürfen keine negativen Kostenfolgen für die Kantone und Gemeinden haben.



## 2. Ausgangslage

### 2.1. Aktuelles

Statt dem im Budget prognostizierten Minus von 450 Millionen Franken, wies die Staatsrechnung 2013 einen Überschuss von 1,3 Milliarden Franken aus. Leider ist beim Bundeshaushalt trotz diesen im ersten Moment positiv erscheinenden Nachrichten nicht alles zum Besten bestellt. Ganz im Gegenteil: Die Bundesfinanzen befinden sich, befeuert durch eine expansive Ausgabenpolitik unserer Regierung, in einer höchst zweifelhaften Verfassung. Der Bund steht vor einem regelrechten Finanzloch.

Bundesrat und Parlament leben nämlich über ihre Verhältnisse. Allein schon aufgrund zahlreicher hängiger Gesetzesvorlagen und Initiativen drohen so mittelfristig Finanzierungslücken von mehreren Milliarden Franken.

In Anbetracht dieser bedenklichen Aussichten – und der hinzukommenden Ungewissheit bei der Ausgabenentwicklung bei den Sozialwerken – ist es aus Sicht der SVP dringend angezeigt, endlich die Bundesausgaben zurückzufahren, das Wachstum der Fiskallücke abzuwenden und damit das Budget fit für die Zukunft zu machen. Für die SVP ist es keine Option, die steigenden Ausgaben einfach durch immer neue Einnahmen zu decken, denn nur eine moderate Staatsquote und eine tiefe Steuer- und Abgabenbelastung führen zu tiefer Arbeitslosigkeit.

Erfolgt ist in der Vergangenheit jedoch genau das Gegenteil, davon zeugt die massiv angestiegene Fiskalquote<sup>10</sup>. Herr und Frau Schweizer mussten 2012 so im Schnitt 41,7 Prozent ihres Einkommens allein für Steuern und Abgaben<sup>11</sup> aufwenden. Seit 1990 ist die Fiskalquote damit um 6,6 Prozentpunkte gestiegen und liegt damit bereits deutlich über dem OECD-Schnitt (33,8 Prozent).<sup>12</sup>

## 3. Zahlen und Fakten

### 3.1. Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben seit 1990

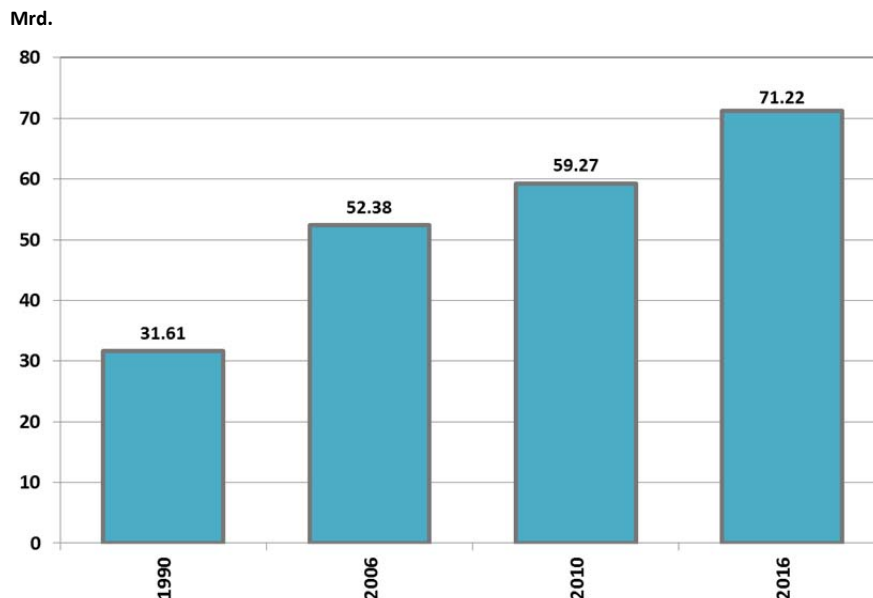
Zwischen 1990 und 2013 haben sich die Ausgaben des Bundes mehr als verdoppelt und sie werden gemäss Finanzplan in den nächsten Jahren nochmals deutlich ansteigen. Wurden 1990 noch gut 31,5 Milliarden Franken ausgegeben, waren es 2013 63,7 Milliarden Franken. 2017 möchte der Bundesrat gemäss Finanzplan sogar über 71,5 Milliarden Franken verteilen. Im Durchschnitt hat der Bund seine Ausgaben Jahr für Jahr um etwas mehr als drei Prozent erhöht. Damit liegt die Steigerung der Staatsausgaben (plus 3,2 Prozent im letzten Jahr) noch deutlich über dem nominellen Wachstum des Bruttoinlandprodukts (plus 1,9 Prozent). Der Staat wächst somit schneller als die Wirtschaft, eine verhängnisvolle Schere tut sich auf.

---

<sup>10</sup> Summe der gesamten Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt.

<sup>11</sup> Einschliesslich Pensionskassenbeiträge und obligatorische Krankenversicherungsbeiträge.

<sup>12</sup> Berechnungen economiesuisse.

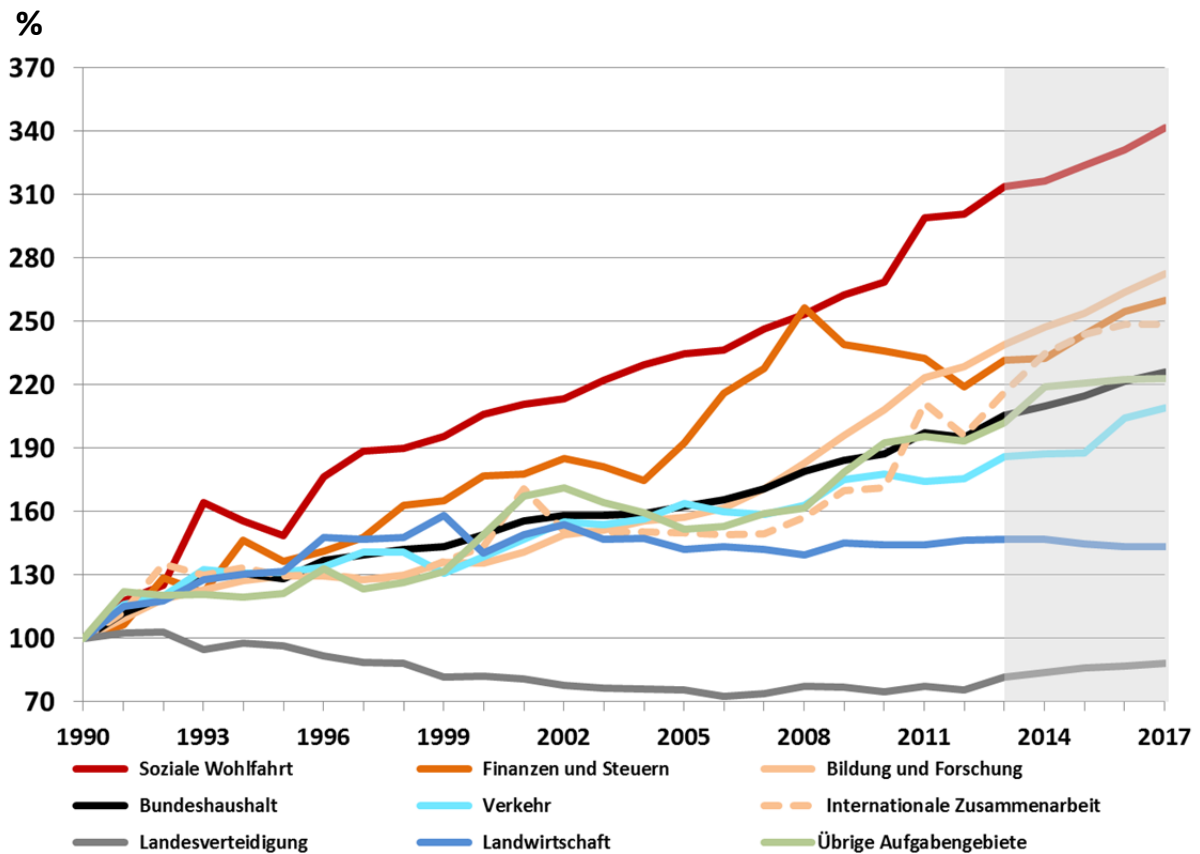


Wachstum der Bundesausgaben 1990 - 2016. Quelle: economiesuisse

### 3.2. Bereiche mit dem stärksten Ausgabenwachstum

Während bei der Landwirtschaft und der Armee gespart wurde und wird, wachsen andere Bereiche ungebrochen weiter. Mit Abstand der grösste Rechnungsposten bildet die soziale Wohlfahrt. Sie beansprucht einen Drittel der gesamten Bundesausgaben. Entgegen dem linken Mantra, dass in der Schweiz „Sozialabbau“ betrieben wird und der Staat „kaputtgespart“ werde, floriert die Sozialbranche geradezu, im Schnitt wachsen hier die Ausgaben Jahr für Jahr um über 2 Prozent. Die Ausgaben stiegen von 14,171 Milliarden (2000) auf 21,106 Milliarden (2013), was einem Plus von rund 7 Milliarden entspricht. Damit wird allein für die soziale Wohlfahrt mehr Geld ausgegeben als für Verkehr, Bildung und Landesverteidigung zusammen. Die grossen Brocken fallen auf die Sozialversicherungen. Die AHV wuchs von 6,429 Milliarden (2000) auf 10,621 Milliarden (2013). Die IV kostet den Bund 1,534 Milliarden mehr: 4,873 Milliarden (2013). Am stärksten angestiegen sind jedoch die Ergänzungsleistungen. Waren 2000 noch 502 Millionen Franken nötig, sind es 2013 bereits 1,389 Milliarden. Finanziert wird dieses Wachstum u.a. durch Einsparungen bei der Landesverteidigung.

So sollen gemäss Voranschlag 2015 in den Bereichen „Landesverteidigung“ und „Landwirtschaft und Ernährung“ die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr ein weiteres Mal reduziert werden, in letztgenanntem Bereich um minus 3,6 Prozent oder 133 Millionen gar so stark wie in keinem anderen Bereich. Die SVP lehnt diese Prioritätensetzung entschieden ab, da die Bereiche „Landesverteidigung“ und „Landwirtschaft und Ernährung“ bereits in den letzten Jahren jeweils die grössten Einsparungen vornehmen mussten, während die Bereiche „Beziehungen zum Ausland“, „Soziale Wohlfahrt“ und „Umweltschutz und Raumordnung“ ungebremst wachsen, wie die nachfolgende Abbildung aufzeigt.



Wachstum der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen 1990 – 2017. Quelle: economieuisse

### 3.3. Fonds und mehrjährige Finanzbeschlüsse

Bei der langfristigen Betrachtung der Ausgabenseite der Staatsrechnung fällt insbesondere der hohe Anteil der „gebundenen Ausgaben“ ins Auge: 60 Prozent, oder etwa 40 Milliarden Franken des Bundeshaushalts müssen zwingend aufgrund von gesetzlichen Vorgaben oder Verträgen ausgegeben werden. Davon sind etwa die Hälfte Beiträge an die Sozialversicherungen, an den Finanzausgleich und an internationale Organisationen, während der Rest insbesondere für Verpflichtungskredite und für Anteile Dritter an Bundesbeträgen verwendet wird.

#### **Forderung**

Die SVP fordert vom Bundesrat, den Anteil von gebundenen Ausgaben am Bundeshaushalt über die kommenden Jahre unter 50 Prozent zu reduzieren, denn je grösser der Anteil an gebundenen Ausgaben wird, umso kleiner wird der finanzpolitische Steuerungseinfluss des Parlament.

## Mehrjährige Finanzbeschlüsse

Dabei handelt es sich um mehrjährige und periodisch wiederkehrende Finanzbeschlüsse von erheblicher Tragweite. Über solche Beschlüsse werden bereits rund 20 Prozent der Ausgaben des Bundes gesteuert. Je grösser die Anzahl an mehrjährigen Finanzbeschlüssen ist, umso mehr wird der Handlungsspielraum des Parlaments eingeschränkt. Obwohl diese nicht zwingend verbindlich sind (können in der Budgetberatung gekürzt werden), besteht trotzdem eine implizite Verpflichtung.

<b>Mehrjähriger Finanzbeschluss</b>	<b>Periode</b>	<b>VA 2014</b>	
Agrarpolitik	2014-2017	3'448	5.2%
BFI	2013-2016	5'773	8.7%
SBB	2013-2016	1'612	2.4%
Privatbahnen	2013-2016	688	1.0%
Technische Zusammenarbeit und Finanzhilfe	2013-2016	1'443	2.2%
Internationale humanitäre Hilfe	2013-2016	436	0.7%
Internationale Entwicklungszusammenarbeit	2013-2016	243	0.4%
Zusammenarbeit mit Staaten Osteuropas und der GUS	2013-2016	239	0.4%
<b>Total</b>			<b>20.9%</b>
<b>Ordentliche Ausgaben Bund</b>		<b>66'353</b>	<b>100%</b>

Bedeutende mehrjährige Finanzbeschlüsse (in Mio. bzw. in % der Gesamtausgabe)

### **Forderung**

Die SVP setzt sich dafür ein, dass dem Parlament die Kontrolle über das Bundesbudget auch weiterhin erhalten bleibt. Aus diesem Grund zeigt sich die SVP kritisch gegenüber den mehrjährigen Finanzbeschlüssen – auf welche während der laufenden Rechnungsperiode durch das Parlament nicht mehr Einfluss genommen werden kann – und möchte diese auf Ausnahmefälle beschränken.

## **4. Ansatzpunkte zur Reduktion des Ausgabenwachstums**

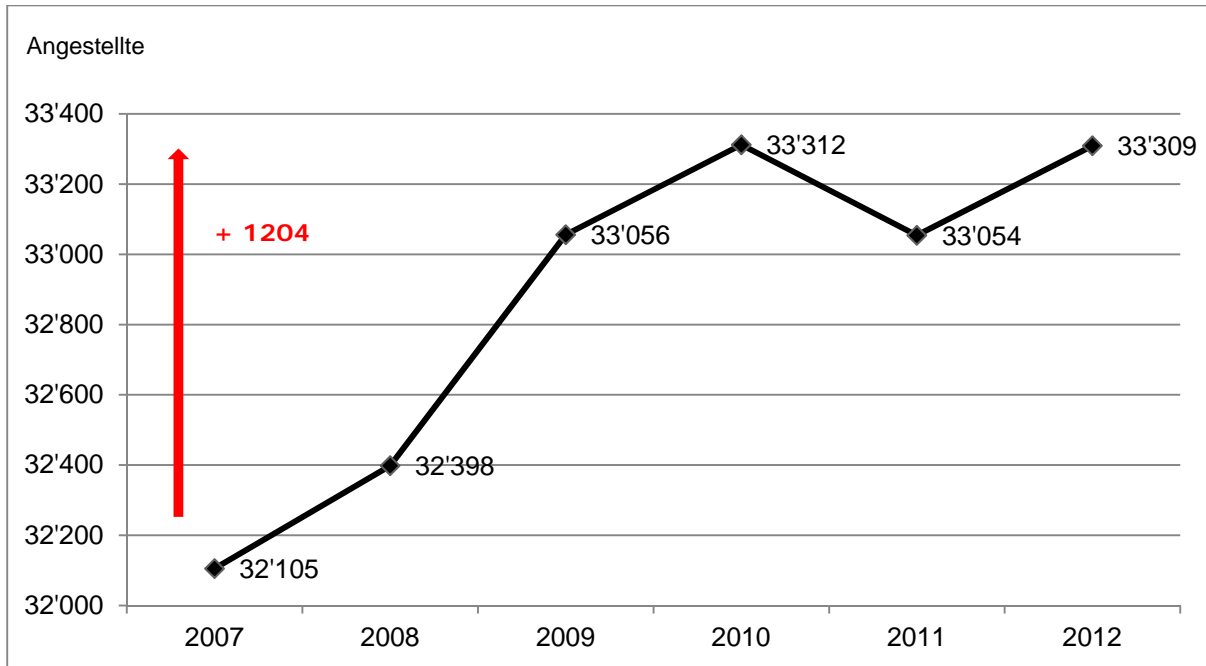
### **4.1. Personalausgaben**

Die SVP setzt sich für eine vernünftige Personalpolitik beim Bund ein, denn wiederkehrende Personalkosten sind ein immenser Budgetfaktor. Die Bundesverwaltung muss aus Sicht der SVP deshalb darum besorgt sein, Personal nur mit Bedacht und nur dann einzustellen, wenn es zwingend notwendig ist.

In den vergangenen Jahren ist aber genau das Gegenteil dieser Forderung eingetreten, es wurde zu viel neues Personal eingestellt und die Verwaltung dadurch unnötig aufgeblasen, was zu einem regelrechten Wasserkopf geführt hat.

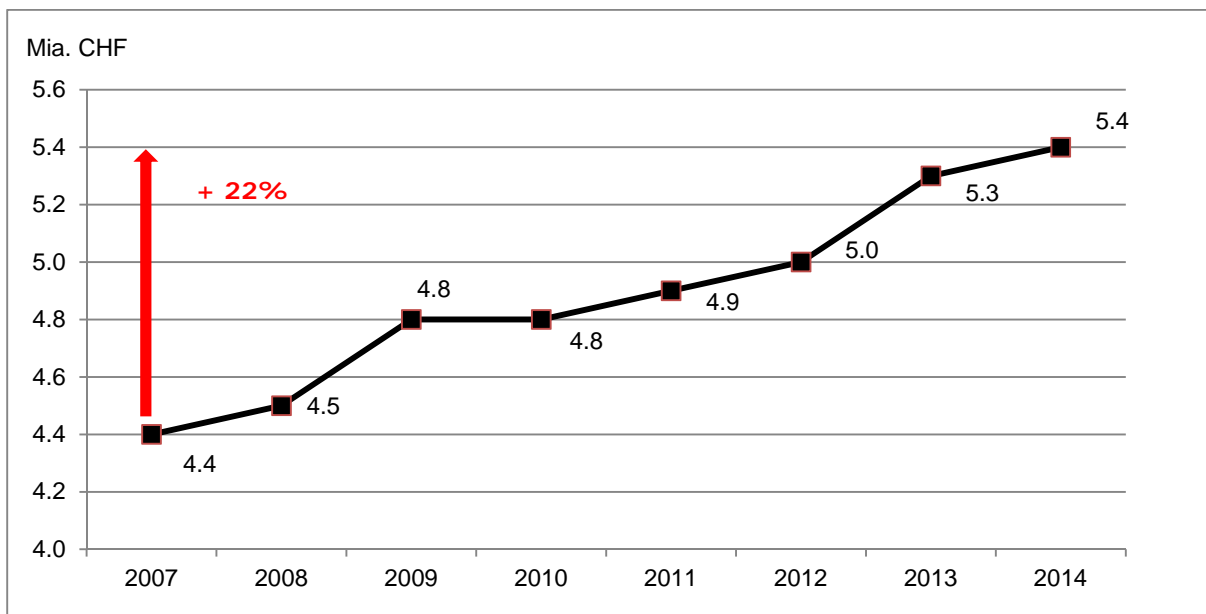
Während der Personalaufwand im Jahr 2007 noch bei 4,492 Milliarden Franken lag, betrug er im Jahr 2014 bereits 5,498 Milliarden Franken und stieg damit um rund einen Fünftel (+22.4 Prozent) oder 1 Milliarde Franken an. Rund die Hälfte dieses Wachstums (520 Millionen) geht auf neu geschaffene Stellen oder auf Funktionswechsel zurück. Zwischen 2007 – 2014 wurden mit 520 Millionen Franken so rund 1'200 neue Stellen geschaffen.<sup>13</sup>

<sup>13</sup> Quelle: Bericht des EPA zuhanden der FK-S.



Stellenwachstum bei den Bundesangestellten 2007 – 2012. Quelle: Bericht des EPA über die Entwicklung im Personalbereich, 30. September 2013

Während nur fünf Jahren wurden über 1'200 neue Mitarbeitende eingestellt. Die Kosten dieses zusätzlichen Personals sind immens, wie die nachfolgende Darstellung zeigt.



Entwicklung des Personalaufwands bei den Bundesangestellten 2007 – 2014. Quelle: Bericht des EPA über die Entwicklung im Personalbereich, 30. September 2013

Ein Lohnvergleich der Handelszeitung zeigt zudem auf, dass die Bundesangestellten im Jahr 2013 durchschnittlich rund 120'075 Franken verdienen. Das ist sogar mehr, als der Durchschnittsverdienst im Bankensektor.<sup>14</sup> Hinzu kommen nebst dem regulären Einkommen noch zusätzliche Leistungsprämien für ausserordentliches Engagement, die jeder dritte Bundesangestellte bezog. Diese betrug im Durchschnitt 2650 Franken. Hinzu kamen weitere Funktions-, Sonder- und Arbeitsmarktzulagen.

<sup>14</sup> <http://www.handelszeitung.ch/politik/bundesbeamte-verdienen-mehr-als-banker-584284>

Darüber hinaus werden die Löhne von mehr als 80 Prozent der Bundesangestellten jedes Jahr automatisch um 2,5 – 3,5 Prozent erhöht.<sup>15</sup>

### **Forderung**

Die SVP verlangt, den Stellenbestand des Bundesverwaltungspersonals auf den Stand von 2007 zu reduzieren und eine massive Senkung des Personalaufwands. →Keine „automatischen“ (d.h. für rund 80 Prozent aller Angestellten) Lohnerhöhungen mehr.

## **4.2. Sach- und Betriebsaufwand**

Wenn eine Familie ein neues Auto kaufen will, stellt sie sich zuerst einmal drei ganz grundsätzliche Fragen: Erstens, brauche ich überhaupt ein Auto? Zweitens, welches Auto erfüllt meine Anforderungen am besten und drittens, was darf das Auto maximal kosten?

Selbstverständlich sind Beschaffungsprojekte beim Bund ungleich komplexer und nicht direkt mit einem Autokauf vergleichbar, die Grundüberlegungen sind jedoch dieselben – was brauche ich und was soll es kosten – insbesondere deshalb, weil es in diesem Fall nicht um Privatvermögen, sondern um Steuergelder geht. Und um diese gilt es Sorge zu tragen und nur dann zu sprechen, wenn dem Steuerzahler auch ein konkreter Nutzen daraus erwächst.

Leider muss die SVP diesbezüglich feststellen, dass in jüngster Vergangenheit allein aufgrund gescheiterter Informatik-Projekte hunderte von Millionen an Steuergeldern verschwendet wurden.

Beispielsweise:

- *Führungsinformationssystem Heer (FIS-Heer)*. Seit Projektbeginn im Jahr 2006 nicht funktionsbereit. **Verlust: 700 Millionen**
- *Gever Office* (elektr. Geschäftsverwaltung) Musste wegen zu hohen Kosten eingestellt werden. **Verlust: 7,8 Millionen**
- *Insieme* (Informatikprojekt der Steuerverwaltung) Aufgrund massiver Kostenüberschreitungen und Zeitverzögerungen gestoppt. **Verlust: rund 100 Millionen**
- *Mistra* (Informatikprojekt des Bundesamts für Strassen) Kostete anstatt der projektierten 43 Millionen rund 95 Millionen. **Verlust: 52 Millionen**

Auch in anderen Bereichen wird mit den Steuergeldern der Bürger zum Teil sorglos umgegangen.

### **Forderung**

Die SVP verlangt erstens eine saubere Vergangenheitsbereinigung aller gescheiterten Informatik-Projekte. Sie unterstützt deshalb die während der Frühjahrssession 2014 eingereichten Postulate 13.0462 und 13.4141, welche die Bundesverwaltung u.a. beauftragen, die richtigen Lehren aus den Debakeln zu ziehen und diese in einem Bericht darzustellen. Zweitens verlangt die SVP, das Projektmanagement bei Beschaffungsprojekten grundsätzlich zu verbessern. Dies ist zwingend, damit neue Projekte auch erfolgreich zu Ende geführt werden.

Ein Dorn im Auge der SVP ist auch der jährlich zunehmende Betrag für externe Beratungsdienstleistungen. Der Bund gibt jedes Jahr mehr Dienstleistungen (z.B. Beratungsdienstleistungen, wissenschaftliche Studien, Politikberatungsmandate etc.) extern in Auftrag. Und dies, obwohl der Bundesverwaltung jedes Jahr mehr eigenes Personal zur Verfügung steht. Gab der Bund 2009 noch 470 Millionen Franken für solche Dienstleistungen aus, wurden nur

<sup>15</sup> <http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/jaehrlich-garantierte-lohnerhoehung-fuer-bundesangestellte-1.18181402>

drei Jahre später bereits 742 Millionen Franken ausgegeben. Eine Steigerung von 158 Prozent. Zur Erinnerung: In derselben Zeitspanne stockte der Bund um 253 Vollzeitstellen auf.

### Dienstleistungszahlungen an Externe beim Bund 2009 - 2012

2009	2010	2011	2012
470 Mio.	490 Mio.	645 Mio.	742 Mio.

Quelle: Transparenz bei den Expertenmandaten der Bundesverwaltung. Bericht des Bundesrats in Erfüllung eines Postulats (09.4011) zu Transparenz bei den Expertenmandaten der Bundesverwaltung.

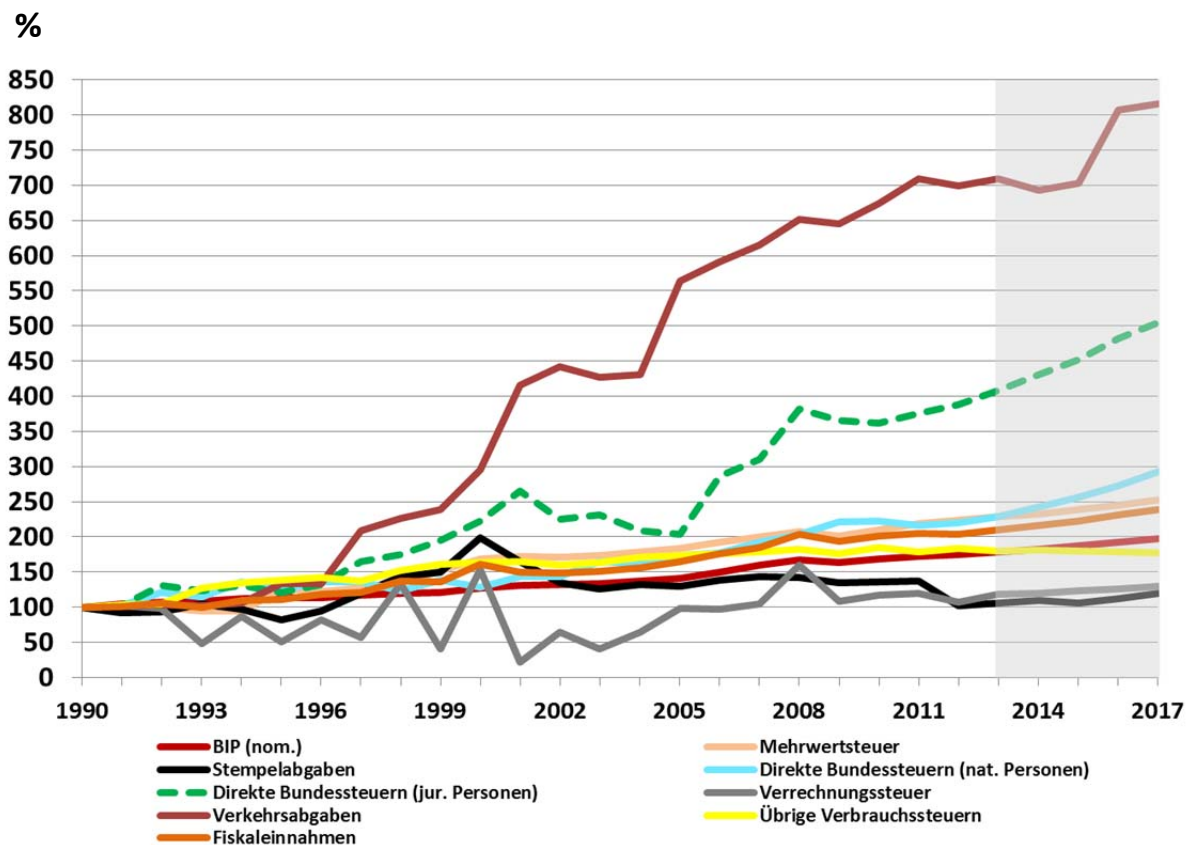
#### **Forderung**

Die SVP verlangt eine Kürzung der Ausgaben so genannter Expertenmandate auf das Jahr 2009. Es kann nicht angehen, dass jedes Jahr mehr Geld für externe Dienstleistungen ausgegeben wird, solange die Zahl der Bundesangestellten ebenfalls weiter wächst.

## 6. Einnahmenentwicklung

### 6.1. Struktur der Bundeseinnahmen

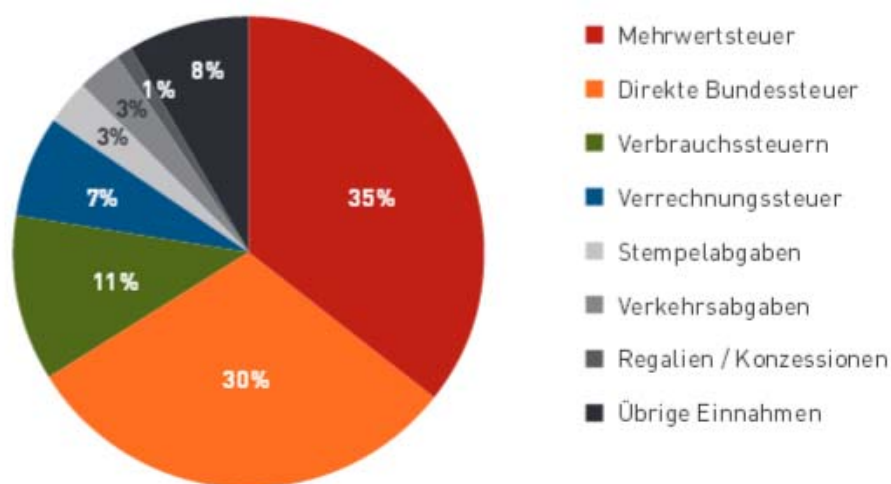
Etwas weniger schnell als die Ausgaben sind die Einnahmen angestiegen. Aber auch sie sind inzwischen fast doppelt so hoch wie 1990 – pro Jahr macht das ebenfalls eine Steigerung von gut drei Prozent. Vergleicht man das Ausgaben- und Einnahmenwachstum mit dem Wirtschaftswachstum stellt man fest, dass das Bruttoinlandprodukt zwischen 1990 und 2012 pro Jahr rund 2,5 Prozent gewachsen ist. Über die Jahrzehnte hinweg ist der Staat somit schneller gewachsen als die Wirtschaft. Das heisst nichts anderes, als dass sich der Staat auf Kosten der Privatwirtschaft ausbreitet. Die private Marktwirtschaft wird somit von der Staatswirtschaft sukzessive abgelöst.



Entwicklung der Bundeseinnahmen 1990 bis 2017. Quelle: economiesuisse

Auffallend ist das starke Wachstum der Verkehrsabgaben. Es ist vor allem auf die Einführung der Automobilsteuer (1997) sowie der LSWA (2001) zurückzuführen. Sehr dynamisch und Volumen her äusserst wichtig ist auch das Wachstum der Unternehmenssteuer (direkte Bundessteuer der juristischen Personen), welche sich aus Gewinn- und Kapitalsteuern zusammensetzt. Trotz zwei Unternehmenssteuerreformen sind die Gewinnsteuereinnahmen weit stärker gewachsen als die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen (Einkommens- und Vermögenssteuern).<sup>16</sup> Der internationale Steuerwettbewerb hat damit offenbar nicht zu sinkenden Unternehmenssteuereinnahmen geführt, wie dies gerne aus linken Kreisen behauptet wird. Aufgrund der verbesserten Standortattraktivität verlegten viele Gesellschaften ihren Sitz in die Schweiz und generierten damit zusätzliches Steuersubstrat.<sup>17</sup> Diese internationale Standortattraktivität gilt es aus Sicht der SVP unter allen Umständen zu erhalten.

Betrachtet man die Zusammensetzung der Bundeseinnahmen sieht man, dass über ein Drittel der Einnahmen des Bundes von der Mehrwertsteuer stammen. Ein knappes Drittel stammt von der direkten Bundessteuer (natürliche + juristische Personen). Die restlichen Einnahmen setzen sich aus weiteren Steuern wie Verkehrsabgaben oder der Verrechnungssteuer, wie die untenstehende Abbildung zeigt.



Bundeseinnahmen (2014). Anteil der Einnahmequellen an den Gesamteinnahmen in Prozent. Quelle: economiesuisse

Gerade von den Sozialdemokraten wird in regelmässigen Abständen immer wieder kritisiert, dass Topverdiener und Vermögen zu wenig besteuert würden. Bei den direkten Bundessteuern für natürliche Personen (Einkommens- und Vermögenssteuern) gilt es zu beachten, dass die einkommensstärksten zehn Prozent der Bevölkerung für knapp 77 Prozent des Gesamtsteuervolumens aufkommen. Würden die zehn Prozent der Reichsten in unserem Lande wegziehen, würde auf einen Schlag 77 Prozent der direkten Bundessteuern wegfallen.

### **Forderung**

Die SVP setzt sich deshalb weiterhin für eine massvolle Besteuerung und gegen eine uferlose Progression ein.

<sup>16</sup> Im Zeitraum 1990 bis 2011 gab es beim Bund zwei Unternehmenssteuerreformen. Die erste Reform wurde 1998 (Unternehmenssteuerreform I), die zweite Reform 2011 in Kraft gesetzt (Unternehmenssteuerreform II). Die Auswirkungen der Reformen auf die Steuereinnahmen können empirisch nicht eindeutig erfasst bzw. gemessen werden. Verschiedene Faktoren wie z. B. die Konjunkturlage beeinflussen die Einnahmenentwicklung. Wie die Daten zeigen, haben jedoch die Steuerreformen zumindest nicht zu sinkenden Einnahmen geführt.

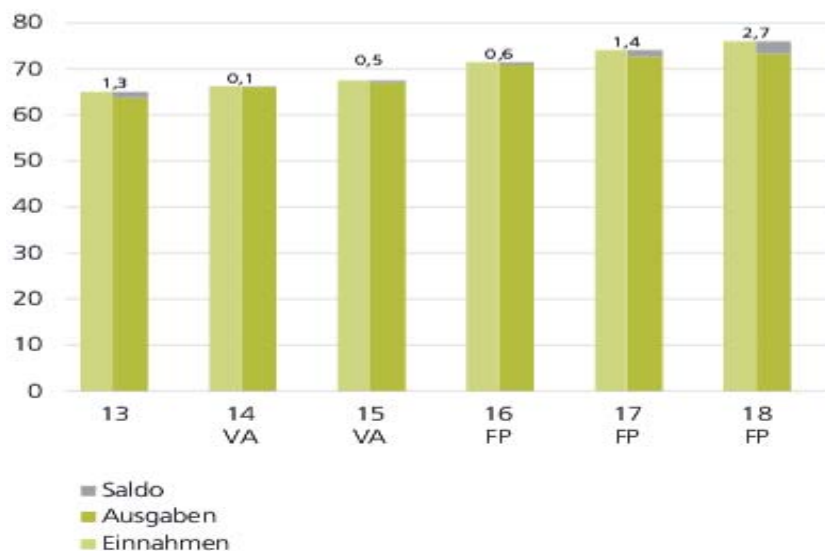
<sup>17</sup> Quelle: economiesuisse Faktenblatt 3 – Verteilungsfragen.



## 6.2. Gefahren für die Bundesfinanzen

In den Finanzplanjahren 2016-2018 plant der Bundesrat ein optimistisches BIP-Wachstum von durchschnittlich 2,9 Prozent. Die Bundesausgaben wachsen mit 2,6 Prozent, die Einnahmen mit 3,5 Prozent. Im Ergebnis ergibt sich ein (struktureller) Überschuss von 2,68 Milliarden Franken.

Die Entwicklung der Bundesfinanzen in den Finanzplanjahren 2016 bis 2018 hängt jedoch massgeblich von der wirtschaftlichen Entwicklung ab. Der Finanzplan trifft dazu optimistische Annahmen. Ein konjunktureller Aufschwung soll vor allem die Einnahmen der direkten Bundessteuer kräftig wachsen lassen. Das Ergebnis sind steigende (strukturelle) Überschüsse.



Finanzierungsrechnung, ordentliche Ergebnisse in Mrd. Quelle: Finanzplan 2016-2018

Dieser finanzielle Ausblick stimmt nur auf den ersten Blick optimistisch. Auf den zweiten Blick zeigt sich nämlich, dass der strukturelle Überschuss im Jahr 2016 äusserst klein ist und auf der Annahme basiert, dass die Massnahmen des KAP 2014 voll umgesetzt werden. Andernfalls wären die strukturellen Reserven bereits aufgebraucht. Auch die hohen strukturellen Überschüsse in den Jahren 2017 und 2018 müssen relativiert werden: Die dynamische Einnahmenwachstum bei der Gewinnsteuer setzt voraus, dass die Attraktivität des Unternehmensstandorts Schweiz erhalten werden kann. Die geplante Unternehmenssteuerreform III wird dabei eine wesentliche Rolle spielen.

Für die SVP in dieser Hinsicht ist unbestritten, dass die Gewinnsteuern immer mehr zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte der Schweiz beisteuern und deshalb in ihrer wachsenden Ergiebigkeit bewahrt werden müssen. Die Unternehmenssteuerreform III, die lediglich zu geringen Mindereinnahmen führen wird, erachten wir deshalb grundsätzlich als notwendig. Von der Verbesserung der Standortattraktivität durch die Unternehmenssteuerreform III erwartet die SVP zudem ein dynamisierendes Element für die Wirtschaft, da Gesellschaften gehalten oder sogar neu angezogen werden.

Die vom Bundesrat im Rahmen der Reform vorgeschlagene Kapitalgewinnsteuer lehnt die SVP indessen strikt ab.

### **Forderung**

Die SVP wird sich im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III-Vorlage gegen die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer einsetzen.

Grössere Gefahren für die Bundesfinanzen erwartet die SVP jedoch auf der Ausgabenseite. Insbesondere die nach wie vor zu lockere Ausgabenpolitik des Bundesrats und Parlaments

werden aus Sicht der SVP mittel- bis langfristig zu grösseren Problemen führen. Der Trend zu immer mehr Ausgaben ist nach wie vor ungebrochen:

Auch im Voranschlag 2015 sollen die Bundesaussgaben um ein weiteres Mal um fast 1 Milliarde Franken ansteigen. Der Aufgabenbereich „Beziehungen zum Ausland“ soll um ganze 3,7 Prozent ansteigen (von heute 3,569 Milliarden auf neu 3,701 Milliarden) und wächst damit am stärksten. Auch der Wachstumstrend im Bereich der „Sozialen Wohlfahrt“ ist mit einem budgetierten Wachstum von 2,7 Prozent ungebrochen.

#### **Forderung**

Die SVP wird sich dafür einsetzen, den steten Wachstumstrend bei den Bundesaussgaben endlich zu brechen. Die Ausgaben müssen nachhaltig reduziert werden, damit anderweitig prioritäre Projekte wie die Unternehmenssteuerreform III oder die Umsetzung der Volksinitiative „Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe“ ohne Steuererhöhungen umgesetzt werden können.

## **7. Neues Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB)**

### **7.1. NFB**

Wenn es nach dem Bundesrat und der Mehrheit des Parlaments geht, sollen in Zukunft sämtliche Verwaltungseinheiten des Bundes mit Globalbudgets gesteuert, der Voranschlag und die Finanzplanung zusammengeführt und zudem mit Leistungsinformationen angereichert werden. Das sind drei Kernpunkte des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung (NFB), welches auf den 1. Januar 2017 eingeführt werden soll. Budgetierung und Planung sollen damit stärker auf Ziele und Ergebnisse ausgerichtet und die Verwaltung transparenter und „wirtschaftlicher“ werden.

### **7.1. Gründe für die Ablehnung durch die SVP**

Durch die Einführung des NFB wird die finanzielle Oberaufsichtsfunktion des Parlaments massiv geschwächt und die Verwaltung entsprechend gestärkt. Diese Art Superadministration widerspricht unserer direkten Demokratie mit einem Milizparlament diametral. In Zukunft wird das Parlament nur noch in globo über finanzielle Ausgabenpositionen informiert, während es mit unzähligen, oft nichtssagenden Wirkungs- und Leistungszielen überflutet wird. Die Transparenz wird damit geschwächt und das System korruptionsanfälliger. Statt zuerst, wie von der SVP gefordert, das bestehende FLAG-Globalbudgetsystem zu verbessern und bekannte Mängel zu beheben, wählte der Bundesrat ein radikales Vorgehen, bei welchem schlussendlich insbesondere das Parlament und die Bürger als Verlierer dastehen werden.

#### **Forderung**

Die SVP setzt sich für eine starke parlamentarische Kontrolle der Bundesverwaltung ein. Da diese mit der Einführung des Neuen Führungsmodells für die Bundesverwaltung stark geschwächt würde, lehnt die SVP diese Vorlage ab.

## 8. Schlussbemerkungen und Forderungen

Die SVP setzt sich ein für:

- eine massvolle Ausgabenpolitik des Bundes, wobei der Staat nicht mehr ausgibt als er einnimmt
- eine Senkung der Abgaben- und Steuerlast. Die SVP wehrt sich sowohl gegen Steuererhöhungen als auch die Ausdehnung bestehender Steuern auf neue Bereiche
- eine Reduktion des Bundespersonalbestands auf den Stand von 2007
- die Streichung überflüssiger Leistungen beim Bund
- die Verwendung struktureller Überschüsse für den Schuldenabbau und nicht für neue Staatsaufgaben
- die bessere Abschätzung und Berücksichtigung der Folgekosten von (Gross)Investitionsprojekten
- volle Kostentransparenz bei Bund und Kantonen. Entlastungsmassnahmen beim Bund dürfen keine negativen Kostenfolgen bei Kantonen und Gemeinden zur Folge haben
- eine effektive Kontrolle des Bundesbudgets durch das Parlament
- einen Ausgabenstopp bei der Vergabe von externen Beratungsdienstleistungen beim Bund
- für eine saubere Vergangenheitsbewältigung aller gescheiterten Informatikprojekte
- für eine kompetitive Unternehmensbesteuerung und gegen eine Kapitalgewinnsteuer